

Zeitung

Wand

Kölner

Die Zeitung von unten!

Dezember 1985

29

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klügel, Verschwendung, Schieberien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Verlag: Kölner Stadtforum e.V.

Herausgeber: SSK e.V., Liebigstr.25, 5 Köln 30
Druck: Betrieb Merkenicher Str.99, 5 Köln 60
Verantwortlich: K.Kaecke, K.Reidenbach

Kölner Uni ein Menschenzoo?

Der Psychiatrie-Professor Bresser gibt nicht auf. Wieder führt er die Opfer seiner Wissenschaft vor, wie im Zoo:

Asustaffiert mit Schlafanzugjacke und weißem Kittel waren zwei von uns auf die Hörsaalbühne gekommen. Daß er diese Patienten noch nie gesehen hatte, wunderte Bresser offensichtlich nicht. Er hinderte ihn auch nicht daran, sofort mit den üblichen blöden Fragen die Vorführung zu beginnen. Erst, als der Patient sich als Mitglied des Beschwerdezentrums zu erkennen gab und Bresser zur Rede stellte, wurde ihm klar, daß er diesmal selber zum Demonstrationobjekt geworden war und flüchtete aus dem Hörsaal.

Wenn Bresser behauptet, daß er „seine Patienten“ vorher um ihre Einwilligung fragt und „ausführlich auf die Situation im Hörsaal vorbereitet“, dann muß er wohl lügen. Diese Panne hatte sonst nicht passieren können. Und im übrigen: Wer würde sich wohl freiwillig dazu bereit erklären, vor 150 gaffenden Studenten als Verurteilter vorgeführt zu werden? ? ?

Wissenschaft? ?

Was hier als Wissenschaft daherkommt, ist der Deckmantel, unter dem Zigarettenmenschen ausgesondert, eingesperrt und gefoltert werden. Wer nicht reibungslos für dieses System funktioniert, bekommt eine psychiatrische Diagnose verpaßt und verschwindet als „Fall“ in der Psychiatrie. Ein Psychiater fragt nicht danach, warum jemand Angst oder Wut hat, verzweifelt ist oder sich verfolgt fühlt. Er nennt denjenigen schiziphren, manisch-depressiv oder paranoid (oder was es sonst noch an „Formenkreisen“ gibt) und schon ist aus sozialem Elend eine individuelle „Krankheit“ geworden. Was uns hier verrückt macht – Armut, Ausbeutung, Unterdrückung – verschwindet hinter diesen pseudowissenschaftlichen Krankheitsbegriffen.

Wenn der Anstaltsinsasse J. seinen Aufenthaltsort treffend als „am Ende der Welt“ bezeichnet, ist das für Bresser gleich ein weiteres Krankheitsanzeichen. Weil P., der nur in Heimen aufgewachsen ist, mit erheblichen grammatikalischen und orthographischen Mängeln schreibt, ist er laut Bresser schwachsinnig.

Un die Folge solcher Gutachten? ?

Mobilya

Bizim depolarimizda ucuz esyalar sizleri beklemektedir.

Mesela, Dolaplar, Masalar, Sobalar, Elektrikli esyalar, Koltuk takimlari, yataklar...

... fiatlar 30 marktan basliarak.

Ayrica esya tasimalari, diger tasimalar, eskilerin alinmasi, ve kagit kaplama, boya isleri ve tamir islerini de yapariz.

Einsperren

Bresser sorgt so ständig dafür, daß Menschen hinter Gittern bleiben – und klagt ihnen ihr Leben. Ausgerechnet dieser Mann, der 1977 vor dem Bundesverfassungsgericht ein Plädoyer für die lebenslange Freiheitsstrafe gehalten hat, (weil sie seiner Meinung nach nicht zu gesundheitlichen Schäden führt) hat darüber zu entscheiden, ob zu lebenslanglich Verurteilte wieder aus dem Knast kommen; und er hat als Obergutachter eine ungeheure Macht über Psychiatrie-Gefangene.

„Überaus verhängnisvoll ist die unlösbare Verstrickung und Verfilzung zwischen dem Landschaftsverband (=Betreiber der Irrenanstalten), Gerichten einerseits und Bresser andererseits. Der Anwalt meint, dieser genosse das Ansehen eines „Psychiatrie-Papstes“ bei der Justiz; ihm wird Unfehlbarkeit zugeschrieben. Nicht zuletzt rührt dies daher, daß Bresser ihnen gewissermaßen die Verantwortung für die Todesurteile abnimmt, die sie Jahr für Jahr erneuern, nachdem sie selbst zu feige sind, eigene Verantwortung zu tragen, mag der Fall auch noch so sehr nach einer positiven Entscheidung verlangen.“

(So eine angehörige von J., der trotz 2 positiver Gegengutachten von Uni-Professoren wegen Bressers Urteil nicht aus dem LKH entlassen wurde.)

In den Anstalten werden die angeblich Kranken dann mit

Dämpfungsmitteln

„behandelt“ – bis sie wirklich krank sind. In hundert Jahren brutalster Forschung hat die Psychiatrie die behaupteten organischen Ursachen für psychiatrisches Leiden nicht finden können. So stellt sie die „Defekte“ mit Psychopharmaka selbst her: unheilbare Schäden am Körper, Nerven und Hirn, Sucht, qualvolle „Nebenwirkungen“ bis hin zum Vergiftungstod.

Die Kölner Firma Tropon, die mit Truxal, Fluanxol, Ciatyl u. a. Giften viel Geld macht, schreibt über Psychopharmaka: „Die psychiatrischen Erkrankungen sind mit ihrer Hilfe wenn schon nicht heilbar, so aber doch lenkbarer geworden.“ Die Hersteller geben also selber zu, daß ihr Dreckszeug nichts heilt, sondern im Gegenteil Menschen lenkbar, gefügig und für die Anstalt pflegeleicht macht. Medizin als Strafe: Mit der Spritze wird der Widerstand der krankheitsuneinsichtigen Patienten gebrochen.

Bresser propagiert aber nicht nur die „Behandlung“ mit Gift, sondern auch noch

Elektro-Schocks

„...weil einfach die durchgreifenden Behandlungserfolge nicht zu verkennen sind.“

Elektroschocks sind Körperverletzung und Folter! Mit jedem Schock wird Hirngewebe zerstört. Der Erfolg: Angst, Apathie, Gedächtnis- und Orientierungsstörungen.

„Das Erwachen ist furchtbar. Ich habe nicht mehr gewußt, wer ich bin. Das ist erst lang sam gekommen: Ach du hast ja Kinder. Dann habe ich mich erst besinnen müssen,

wo ich wohne. Dann ist es gekommen, daß ich Witwe bin. Dieses Ichbewußtsein ist erst wiedergekommen. Das Erwachen ist wie aus dem Sterben raus. Man kann nicht schildern, wie furchtbar das ist.“

„So unheimlich ist mir das, als müßte ich auf den Tod warten, als käme ich auf den elektrischen Stuhl. Ich fürchte mich entsetzlich. Ich könnte eher Selbstmord begehen, als mich wieder schocken lassen.“

Erfunden wurde die E-Schock-Behandlung 1938 auf dem Schlachthof. Nachdem der

Psychiater Cerletti gesehen hatte, wie Schweine auf dem Schlachthof mit Strom betäubt wurden, ließ er sich von der Polizei einen Landstreicher als Opfer liefern, da er das Gefühl hatte, „daß wir das Experiment auch am Menschen wagen konnten.“

Da Bresser wohl ähnliche Gefühle hat, schlagen wir vor daß er seine propagierten „Heilmethoden“ endlich im Hörsaal vorführt - als Selbstversuch!!

Ob Anstaltssystem oder Wissenschaft, die Psychiatrie gehört abgeschafft!!

Ausländeramt Berg.-Gladbach

unterstellt dem SSK illegale Beschäftigung eines Ausländers

Seit vielen Jahren ist der SSK - Soziale Selbsthilfe Köln - eine Gemeinschaft von Menschen verschiedenster Herkunft. Wir verdienen unser Geld ausschließlich in unseren eigenen Firmen, nehmen jeden auf, der zu uns kommt und versuchen ihm im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen. Völlig egal dabei ist, ob der-/diejenige alt oder jung, krank oder gesund, verurteilt oder obdachlos ist, aus der Psychiatrie oder aus einem Heim kommt oder ob er Deutscher oder Ausländer ist. Dazu gehört selbstverständlich auch, daß jeder, sobald er bei uns aufgenommen wird, ein Zimmer, eine warme Mahlzeit AM Tag und 60 DM wöchentlich für seinen sonstigen persönlichen Bedarf erhält. Das ist uns besonders sichtig, weil wir gelernt haben, mit wenig Geld ein menschenwürdiges Leben zu führen und keinem der vielen Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger aus dem kleinen Topf den der Staat für die übrig hat, etwas wegnehmen wollen.

All dies ist den zuständigen Behörden im weitesten Maße bekannt. Einzig zählt daß, wer immer zu uns kommt, ehrlich über sein bisheriges Leben Auskunft gibt. Weil man dies Niemandem an der Naenspitze ansieht, hat jeder die Zeit, unsere Gemeinschaft einen Monat lang kennen zu lernen und von uns kennengelernt zu werden. Wir haben gelernt, daß man sich erst nach dieser Zeit füreinander entscheiden kann.

So nahmen wir im Frühjahr 85 A. bei uns auf. Er erzählte, er sei Franzose und habe vor kurzer Zeit seine Papiere verloren. Wir wandten uns an die Ausländerbehörde in Bergisch Gladbach, um zu erfahren, was nun zu tun sei und nahmen die erforderlichen Unterlagen von dort gleich mit. Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß nicht bereit war, seinen Teil zu unserer Gemeinschaft beizutragen. Er vertiefte gegen grundlegende Regeln bei uns und drückte sich ständig davor die Herbeischaffung seiner Papiere in die Wege zu leiten. Nach unzähligen Auseinandersetzungen darüber auf unseren morgendlichen Versammlungen, haben wir ihn dann nach ca. 3 Wochen rausgeschmissen.

Mancher wird sich fragen, warum wir diese völlig belanglose Geschichte erzählen?

Etwa 2 Monate nach A.'s Rausschmiß erhielten wir von der Ausländerbehörde Bergisch Gladbach ein Schreiben, das uns aufforderte weit über 1.000 DM Abschiebeld für A. zu bezahlen

Was war passiert?

A. wurde kurz nach seinem Rausschmiß bei uns von der Polizei aufgegriffen. Bei den Nachforschungen stellte sich heraus, daß A. in Wirklichkeit Algerier war und aufgrund seiner fehlenden Aufenthaltsgenehmigung nach Algerien zurückverfrachtet wurde. Aufgrund der „Zeugenaussage“ des natürlich inzwischen meilenweit entfernten A. braute die Ausländerbehörde nachstehende Entschuldigungen zusammen:

- A. habe mit Unterbrechungen über mehrere Monate hinweg in einem Arbeitsverhältnis mit uns gestanden,
- Er habe dafür das enorme Gehalt von 60 DM wöchentlich erhalten (Alle Gewerkschaften mögen uns verzeihen!)

Daraus schloß die Ausländerbehörde messerscharf, daß wir als Arbeitgeber uns einen Dreck um seine Papiere gekümmert hätten und so gegen geltende Vorschriften und Gesetze für „Arbeitgeber“ verstoßen hätten. Da wir wieder besseren Wissens ein Arbeitsverhältnis mit einem ausländischen Arbeitnehmer ohne Aufenthaltsgenehmigung unterhalten hätten, sind wir für die Abschiebekosten haftbar zu machen.

Obwohl alle Anschuldigungen nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben sind unsere bisherigen Widersprüche von Stadt und Kreis zurückgewiesen worden.

Jetzt muß das Verwaltungsgericht Köln entscheiden ob wir auf einer Stufe stehen mit den Unternehmen die wirklich auf miese und bössartige Weise illegal Ausländer für sich arbeiten lassen (siehe das neue Buch von Günter Wallraff) oder ob unsere Türen weiterhin für jeden offen stehen, der zu uns kommt und oft genug von allen Behörden im Stich gelassen wurde.

Mieter- und Rechts-Beratung
SSK-Saliering 39, Tel. 21 31 75, Mo ab 20 Uhr
SSK-Mülheim, Düsseldorf Str. 74, Tel. 62 50 52
Do ab 20.30 Uhr
SSK-Ehrenfeld, im KALZ, Phillipstr. 23, Tel. 55 61 89
Di ab 20 Uhr

Beschwerdezentrum
SSK-Ehrenfeld, Liebigstr. 25, Tel. 55 61 89
täglich 9-22 Uhr, Sa und So 9-20 Uhr
Treffen Di 20.30 Uhr

Ambulanz im SSK
Saliering 39, Tel. 21 31 75
Mo, Di, Do, Fr ab 19 Uhr, Zahnarzt Mi ab 19 Uhr



Am 16.11.1985 besetzten die Sanierungsgruppe Ehrenfeld und die SSK ein Ladenlokal in der Lessingstraße 4. Hier wollten wir eine Schutzstelle für Sanierungsopfer eröffnen. Opfer, wie sie es zu Zeiten von städtischen Sanierungsmaßnahmen haufenweise gibt.

Über all unsere Köpfe hinweg wird geplant und entschieden: Seit Mai 1985 ist für das Mausergelände ein Bebauungsplan rechtskräftig geworden. Das heißt, die Stadt muß jetzt zusehen, wie sie die langjährigen Bewohner der besetzten Häuser in der Marienstraße und Umgebung aus dem Viertel bekommt. Die Stadt marschierte in der letzten Zeit wie Hausierer in den besetzten Häusern herum und versuchte, das zu verkaufen, was keiner will. Mit Ersatzgelände und Ersatzwohnraum will man die Bevölkerung ködern. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß sich spektakuläre Räumungen nicht mehr ohne Widerstand durchführen lassen.

Aber nicht allein die besetzten Häuser sind Opfer städtischer Sanierungspolitik. Die städtische Erneuerungswelle erfaßt fast alle alteingesessenen Ehrenfelder, die jetzt noch in Wohnungen leben, die sie bezahlen können. Eine öffentliche Aufklärung, wer morgen aus Ehrenfeld zu verschwinden hat, vermeidet die Stadt Köln seit Jahren. Im Gegenteil: Die Stadt Köln scheut die Auseinandersetzungen mit den Bewohnern Ehrenfelds und verbarrikadiert sich lieber.

Seit Freitag, den 22.11.1985 hat sich die Stadt Köln in unsere „Schutzstelle“ geflüchtet. Aus Angst vor den vorherigen Nutzern der Lessingstraße 4 betreibt die Stadt Köln jetzt:

SANIERUNGSPOLITIK mit Wachhunden?

Ist das die neue Methode der Stadt Köln die Rahmenpläne ungestört zu verwirklichen? Wem gilt dieser Schutz



Der Laden LESSINGSTR.4 stand zwei Jahre leer. Seit einem Jahr im Besitz der Stadt Köln. Zuerst als Abrisshaus vorgesehen, dann zur Vermietung freigegeben. Doch etliche Interessenten wurden abgewimmelt. Das bestehende Sanierungsbüro in der Venloerstr. zieht nun um in die LESSINGSTRASSE 4!

WIR SAGEN EUCH WOVOR DIE STADT ANGST HAT!

Die Ladenlokalbesetzung und-nutzung bedeutet für die Stadt eine Gefahr. Die Veröffentlichung von politischen, wie finanziellen GRÖßENWAHN, der sich in unserem Viertel breit macht.

Einzelne Betroffene lassen sich schnell mal leise über den Bürotisch vertreiben! Aber Betroffene, die sich vereinigen werden stark und wehren sich laut gegen soziale Ungerechtigkeit!

Unser Vorhaben in diesem Sanierungsgebiet eine Schutzstelle gegen Sanierung einzurichten, bedeutet für die STADT KÖLN öffentliche Klarstellung über ihre geplanten Vertreibungsgeschäfte.

WAS MACHT NUN DIESER SCHARFE HUND IN DEM LADEN? Das kann doch unmöglich eine ABMStelle sein! WER WILL DA WEN WOVOR SCHÜTZEN?.....

.....IM ÜBRIGEN GILT JA HIER DERJENIGE, DER AUF DEN SCHMUTZ HINWEIST FÜR GEFÄHRLICHER, ALS DER, DER DEN SCHMUTZ MACHT. Tschelchsky

Auch wir sind bissig. Mit der Vertreibung aus dem Ladenlokal der Lessingstraße 4 wird die Stadt Köln uns nicht los.

SSK Ehrenfeld, Tel. 55 61 89
5 Köln 30, Liebigstr. 25

Beamtenwillkür a la Sozialamt

Ein Finanzloch von über 41 Millionen Mark weist der Haushaltsplan-Entwurf 1986, den Stadtkämmerer Ludemann im Rat vorlegte. Er hat ein Volumen von knapp vier Milliarden Mark, eine Steigerung zum Vorjahr um 5,4 Prozent. Wie Oberstadtdirektor Rossa ausführte, ist das Defizit vor allem auf Sozialausgaben zurückzuführen.

Um dieses Loch zu stopfen, wenden die Beamten des Sozialamtes Köln immer miesere Methoden an. Jeder Sozialhilfeempfänger ist der Willkür „seines“ Sachbearbeiters ausgeliefert. Jedem Sozialhilfeempfänger steht als Einzelperson mindestens 395 DM „monatlich“ zu. Desweiteren ist der Sachbearbeiter nach dem „Gesetz“ verpflichtet, jeden Sozialhilfeempfänger über seine „Rechte“ von sich aus „aufzuklären“!!!!!! So hat der Sozialhilfeempfänger auch Anspruch auf:

Weihnachtsgeld – Kleiderbeihilfe – Köln-Pass – Heizkostenbeihilfe vom 1.10. - 30.4. – Krankenbeihilfe – Kostenübernahme bei Umzügen, Renovierungen, Miete, Kautions – Übernahme der Kosten für die Grundausstattung, für Möbel und für Haushaltsgegenstände.

Aber statt den Sozialhilfeempfänger darüber aufzuklären, werden sie – abgewimmelt – schikaniert – erniedrigt und erst gar nicht über ihre Rechtsansprüche aufgeklärt.

Die tagtägliche Willkür

Herr F. wohnt in einem „sogenannten besetzten Haus“ und stellte Anträge auf: Möbel- und Heizkostenübernahme. An und für sich ein ganz normaler Vorgang!!! Aber bei Herrn F. ließen sich die hochqualifizierten Beamtegenhirne etwas ganz besonderes einfallen: Da ein instandbesetztes Haus kein Haus und die Wohnung keine Wohnung ist, daher man keine Möbel braucht, somit braucht man keinen Ofen und somit auch keine Heizkostenbeihilfe. Mit großem Bedauern stellten sie es fest und lehnten die Anträge ab. Wenn man diese Hirnwindungen weiter verfolgt, steht Herr F. auf der Straße, ohne festen Wohnsitz und hätte nach der oft praktizierten Beamtenwillkür eigentlich auch keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Obwohl sie wissen, daß solch miese Methoden rechtswidrig sind, schrecken sie vor dieser Willkür nicht zurück!!!

Daß dies Willkür ist, zeigt deutlich, daß in anderen sogenannten besetzten Häusern wie in Porz, Ehrenfeld und Innenstadt den Bewohnern die ihnen von Rechtswegen zustehende Kostenübernahme sofort gezahlt wurde. So schrecken die Sachbearbeiter aber auch nicht vor Lügen zurück!!! So sagte man Herrn S., Heiz-, Kleider- und Möbelkostenübernahme stünde ihm erst in einem halben Jahr zu. Er solle dann wiederkommen. Als sich jedoch der SSK e.V. einschaltete, bekam Herr S. sein Geld sofort!!!!

Die skrupellose Vorgehensweise des Sozialamtes geht so weit, einem das Grundrecht zu nehmen, über seine Lebens- und Wohnbedingungen frei zu entscheiden!!!

So mußte sich Frau E. gefallen lassen, daß es ihrem Sachbearbeiter persönlich nicht paßt, wie sie lebt und deshalb meint, sie ERZIEHEN zu müssen und kürzte ihr die Sozialhilfe um 40 DM!!!!!!

Die hilflose Lage der in unserer Gesellschaft ganz unten Stehenden wird rücksichtslos ausgenutzt, so daß derjenige, der sowieso schon am Hungertuch nagt, auch noch um jeden Groschen betteln muß!!!!!! Der Sozialhilfeempfänger wird als arbeitsscheues Gesindel abgestempelt.

Selbst SPD-Ratsmitglied VOLLMANN bezeichnet sie als den „Bodensatz, der nicht arbeiten will“. Wen wundert es dann noch, wenn im Sozialamt „Beamtenwillkür“ zum Alltag gehört? ?!!!!

Aufruf

Da wir vom SSK e.V. wissen, daß diese Praxis in allen Kölner Sozialämtern gang und gebe ist, rufen wir alle Betroffenen auf:

Wenn Sie nicht über Ihre Rechte aufgeklärt werden bzw. das Ihnen zustehende Geld abgelehnt oder gekürzt wird, dann kommen Sie zu unseren Rechtsberatungen:

5 Köln-Mitte, Salierring 37, montags um 20.30 Uhr
5 Köln-Mülheim, Düsseldorfer Str. 74, donnerstags um 20.30 Uhr
oder auf unsere Sitzungen montags - samstags zwischen 9.00 und 11.00 Uhr!!
Wir sind Ihnen dabei behilflich, Anträge, Widersprüche zu schreiben oder Ihre Rechte mit uns zusammen vor Gericht durchzusetzen.

Rentenbeiträge

Seit 10 Jahren betätigt sich der Landschaftsverband Rheinland als asozialer und betrügerischer Arbeitgeber.

Seine Ausbeutungsobjekte sind wehrlose und von ihm völlig abhängige Menschen: die ihn seinen Irrenanstalten (zwangs)untergebrachten Patienten und Heiminsassen. Diese müssen nämlich nicht nur einen sinnlosen Alltag - mit Dämpfungsmitteln vollgestopft - ertragen, sondern sie müssen außerdem in sogenannten „Arbeitstherapien“ stumpfsinnigste Fließbandarbeit für Pfennigbeträge verrichten. (Stecknadeln abzählen Tankdeckel oder Kugelstreifer zusammensetzen...)

Zwnagsarbeit denn: wer sich weigert, kriegt Ausgangssperre, kann auf geschlossene Stationen (zurück)verlegt werden, ist krankheitsuneinsichtig = nicht entlassungsfähig und anderes mehr. Für diese Ausbeutung bekommt man den LVR nicht zu packen, weil alles unter dem beschönigenden Wort „Arbeitstherapie“ verkauft wird.

Aber nun guckt ihm die Landesversicherungsanstalt (zuständig für die Bezahlung der Rentenbeiträge) auf die Finger. Grund genug hat sie, denn seit 10 Jahren hat der LVR trotz eindeutiger Gesetzeslage (SVBG 52) die Rentenbeiträge für fast alle arbeitenden Patienten hintertzen.

Das ist Betrug! Zahllose Patienten werden hier um ihre Rente betrogen. Bei ihrer Entlassung sind sie dann zur Abhängigkeit vom Sozialamt verdammt.

In einem internen Papier des Landschaftsverbandes stellen die feinen Herren vom Kennedy-Ufer formaljuristische Überlegungen an, ob oder wie sie sie um die Nachzahlungen in Millionenhöhe herumkommen. Kein Wort darüber, was das für die Patienten für Folgen hat, kein Gedanke daran, daß die Verantwortlichen in den Klinikverwaltungen und den eigenen Reihen zur Rechenschaft zu ziehen.

Im Gegenteil: Schon werden die Verjährungsfristen geltend gemacht, die Möglichkeiten der Vertuschung erwogen und die Arbeit der Patienten abqualifiziert, damit der Landschaftsverband zukünftig ebenso rückwirkend keine Rentenbeiträge bezahlen muß!!

Aufruf an alle Patienten!

Wer regelmäßig für die Klinik arbeiten verrichtet, hat einen Anspruch, rentenversichert zu sein!

Fragt bei der Klinikleitung nach, laßt euch die Versicherungsnachweise zeigen und laßt euch nicht abwimmeln!

Wenn ihr feststellt, daß ihr nicht rentenversichert seid, beschwert euch! Der Landschaftsverband muß auch über Jahre hinaus rückwirkend die Rentenversicherung bezahlen!

Wer alleine nicht klar kommt, kann sich an uns wenden. Wir helfen euch, eure Rechte einzuklagen!



Beschwerdezentrum
Psychiatrie e.V.

Liebigstr. 25
5 Köln 30
Tel. 556205